

Bürgerunion Lindau - Haushalt 2025 - Stadtratssitzung 19.02.2025

Der Haushalt 2025 ist der erste Haushalt unter der Regie unserer neuen Kämmerin Birgit Richter. Wir danken Ihnen Frau Richter und Ihrem Team für die Ausarbeitung des Haushaltsentwurfes, einer guten und konstruktiven Beratung sowie den ausführlichen Erläuterungen und Ergänzungen zu einzelnen Punkten.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die finanzielle Lage unserer Stadt mehr als angespannt ist. Baukostensteigerungen, allgemeine Kostensteigerungen, Sanierungsstau, die Wahrnehmung von ständig mehr Aufgaben und die damit oft verbundenen Personalkostensteigerungen lassen die Defizite stetig steigen.

So ist der Städtische Haushalt 2025 wie auch der Vorjahreshaushalt ein Sparhaushalt. Der Verwaltungshaushalt umfasst ein Volumen von Euro 93,6 Mio., der Vermögenshaushalt von Euro 24,7 Mio. Erste Ergebnisse der Haushaltskonsolidierung sind mit eingearbeitet. Im Wesentlichen sieht der Haushalt 2025 nur dringende Investitionen und die Bewältigung der Pflichtaufgaben vor.

Die Haushaltskonsolidierung im vergangenen Jahr war unseres Erachtens ein sehr guter Prozess mit einem achtbaren Ergebnis von mehr als 250 gesammelten Potentialen.. Mit einem Konsolidierungsziel von Euro 4,5 Mio. jährlich im Verwaltungshaushalt ab dem Jahre 2028 ist ein erster wichtiger Schritt gemacht, jedoch müssen noch weitere folgen.

Mit den vorhandenen ausgearbeiteten Unterlagen können wir jederzeit den Versuch unternehmen, die Punkte, über die wir keinen gemeinsamen Konsens erreichen konnten neuerlich auf den Prüfstand zu stellen. Nachdem das Konsolidierungsergebnis zum Großteil auf die Erhöhung von Gebühren und Steuern basiert, wird es notwendig und unvermeidlich sein, dass auch eine deutliche Konsolidierung der Ausgabenseite in Angriff genommen werden muss.

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung. Eine Haushaltskonsolidierung kann insgesamt nur erfolgreich sein, wenn alle Beteiligten, die nach „langem Ringen“ erreichten Ergebnisse auch gemeinsam vertreten und nicht bei den notwendigen Beschlüssen in den Fachausschüssen oder Stadtrat aus wahltaktischen Gründen wieder ins Wanken kommen.

Das erfreuliche Ergebnis der Haushaltskonsolidierung wird getrübt durch die Erhöhung des Kreisumlage-Hebesatzes um 4,75 Punkte. Sicherlich hat der Landkreis, was die Finanzlage angeht, die gleichen Probleme wie die Stadt Lindau und muss die Kosten auf die Gemeinden und Städte im Landkreis verteilen. Trotzdem stellt man sich die Frage, ob eine neue Berufsschule inklusiv Turnhalle ein Investitionsvolumen von Euro 100 Mio. haben muss und ob nicht doch eine drastische Kostenreduzierung mehr als angebracht wäre.

Im Interesse unseres Haushaltes war es auch, bei dem Thema Mittelschule einen neuen Weg einzuschlagen und einen Neubau auf der Blauwiese aktuell nicht mehr weiter zu verfolgen. Eine Investition von Euro 50 Mio. ist aufgrund unserer Finanzsituation aktuell einfach nicht darstellbar gewesen. Die aktuelle Fokussierung mit dem sogenannten Plan B auf die Investitionen in die Grund- und Hauptschulen

bietet den Vorteil, dass mehrere Bauprojekte in den einzelnen Schulstandorten angegangen werden und nach einer Priorisierung die Kosten für die Baumaßnahmen in den jeweiligen Haushalts- und Finanzierungsjahren eingeplant werden können.

Zur Bewältigung unserer aktuellen und künftigen Haushaltssituation wird es sicherlich notwendig sein, sich von der einen oder anderen städtischen Immobilie zu trennen.

Eine Besichtigung der städtischen Immobilien durch den Finanzausschuss im vergangenen November war diesbezüglich sehr aufschlussreich und zeigte deutlich auf, dass ein direkter Verkauf oder Verkauf auf Erbpacht für die eine oder andere Immobilie der richtige Weg ist.

Mit den Erlösen könnte der Restbestand der städtischen Immobilien einer wichtigen und notwendigen Sanierung zugeführt werden. Trotz dieses Erkenntnis konnte bislang nicht für alle ausgewählten Immobilien eine politische Mehrheit erreicht werden. Dies sollte unseres Erachtens im laufenden Jahr nachgeholt werden.

Die Ausweisung weiterer Gewerbegebiete in unserem Stadtgebiet ist für langfristige Sicherung von Gewerbesteuererträgen unabdingbar notwendig. Wir regen diesbezüglich nochmals an, die Überarbeitung des bestehenden Flächennutzungsplanes zeitlich vorzuziehen.

Erfreulich in Sachen Gewerbegebiet ist die Tatsache, dass im vergangenen Oktober die „unendliche Geschichte“ Lehrgut Priel endgültig auf den Weg gebracht wurde und einer zügigen Umsetzung nichts mehr im Wege steht.

Die Tatsache, dass beschlossene Investitionsprojekte im Rahmen des Finanzplanes 2024-2028 nur durch Kreditaufnahmen und Grundstückserlöse finanziert werden können, sehen wir mit großer Sorge. Außerdem muss ein Konsolidierungsprozess mittelfristig auch den Schuldenabbau zum erklärten Ziel haben.

Die Überführung der Regiebetriebe Immobilienmanagement und Krematorium in den städtischen Kernhaushalt hat zwar das Volumen des Verwaltungshaushaltes ansteigen lassen, ist aber ein wichtiger Beitrag in Sachen Transparenz bzw. Kostenklarheit und Kostenwahrheit.

Die größte Position im Verwaltungshaushalt sind die Personalkosten mit Euro 21,4 Mio. Den sicherlich notwendigen Stellenmehrungen muss ein klares Konzept zur Verringerung der Personalkosten in den nächsten Jahren entgegen gesetzt werden.

Eine funktionierende Digitalisierung bildet die Basis für einen gewissen Umbau der Verwaltung. Eine kritische Überprüfung von öffentlichen Aufgaben hinsichtlich Notwendigkeit, Effizienz und Effektivität wird genauso notwendig sein wie die Neuausrichtung der Organisationsstruktur.

Neben dem städtischen Haushalt müssen auch die Kostenentwicklung bei der LTK und der GTL weiter im Blick gehalten werden. Darüber hinaus gilt es zu prüfen, welchen Beitrag die GWG zur Konsolidierung der städtischen Finanzen mit beitragen und leisten kann.

Aufgrund der aktuellen Rezession und den eher düsteren konjunkturellen Aussichten für das Jahr 2025 ist der Ansatz für die Gewerbesteuererträge mit Euro 22,0 Mio. sehr mutig gewählt.

Die eingeplanten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von Euro 14,075 Mio. Euro stellen eine große Herausforderung dar.. Im vorliegenden Finanzplan bis zum Jahr 2028 sind aktuell keine finanziellen Spielräume erkennbar.

Insgesamt heißt die Devise aktuell: Maßhalten in schwierigen Zeiten.

Wir müssen das Sparen im Haushalt mit strategischer Konsolidierung vernetzen. Nur so können wir die Handlungs- und Leistungsfähigkeit unserer Stadt dauerhaft sichern.

Mit dem vorliegenden Haushalt können wir einer zeitnahen Haushaltsgenehmigung durch das Landratsamt positiv entgegensehen.

Die Bürgerunion Lindau stimmt dem Haushaltsentwurf 2025 zu.

Wir bedanken uns bei Ihnen, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, der Stadtwerke, der GTL, der GWG und der LTK für den stets guten Austausch und freuen uns auf eine weitere gute Zusammenarbeit..

Bürgerunion Lindau

Roland Freiberg Prof .Dr. Ulrich Schöffel